

# Die Freiheit

Redaktion und Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 10.  
Die „Freiheit“ erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 2 Mark, nach außerhalb (Zustellung unter Straßband) 4 Mark. Bestellungen sind bis auf weiteres ausschließlich an die Expedition zu richten. Für die Erledigung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einsendung des Bezugsgebühre erforderlich.

## Berliner Organ

Fernsprecher: Amt Norden Nr. 110 07, 110 08 und 110 23  
Inserate kosten die lebensepoche Zeitung ober deren Raum 70 Pf. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Teuerungszuschlag 30 Prozent. Bei Familienanzeigen und Besondere Anzeigen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Teuerungszuschlag fort. Inserate für die Morgenausgabe müssen bis 6 Uhr abends am Tage zuvor, Inserate für die Nachmittagsausgabe bis vorm. 11 Uhr bei der Expedition aufgegeben sein.

## der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang 1

Sonntag, den 17. November 1918

Nummer 5

# Um die Nationalversammlung.

### Der Termin der Nationalversammlung.

Der 2. Februar?

Nach einem Berliner Telegramm der „Köln. Sta.“ ist anzunehmen, daß die verfassunggebende Nationalversammlung am Ausgange der ersten Februarwoche zusammentritt, denn der Zeitpunkt für die Auslegung der Wählerlisten ist auf den 2. Januar, derienige für die Wahlen selbst auf den 2. Februar festgesetzt. Der Entwurf der Wahlkreiseinteilung ist bereits fertiggestellt und geht heute an den Reichskanzler.

Wir wissen nicht, woher die „Köln. Sta.“ ihre Informationen hat und geben die Meldung daher unter allem Vorbehalt. Wir halten es nicht für ausgeschlossen, daß das Kölner Blatt Wünsche bestimmter Stellen schon für Beschlüsse der Regierung nimmt.

Eine Meldung der Telegraphen-Agentur erklärt, daß die Reichsregierung beabsichtigt, mit der Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung nicht einen Moment länger zu zögern, als es unbedingt nötig ist. Der sofortigen Einberufung stehen indes die ungeheuren Schwierigkeiten entgegen, die die Zusammenstellung der Wählerlisten hervorrufen. Es handelt sich hier besonders um die Frage der Wahlstimmen der Soldaten, die augenblicklich sämtlich auf der Rückreise in die Heimat sind. Bevor die Truppen nicht an einen festen Wohnort gelangt sind, ist die Aufstellung solcher Listen eine Unmöglichkeit.

### Botschafter Landsberg für die Nationalversammlung.

Das Mitglied der Volksregierung, Otto Landsberg, hatte nach den Berichten der Blätter die Vertreter der Presse zu sich geladen und unterhielt sich mit ihnen über die politische Lage. Da wir zu jener Ansprache nicht gebeten waren, können wir aus Eigenem nicht über sie berichten. Nach den Mitteilungen der bürgerlichen Presse sprach sich Landsberg sehr entschieden für eine unverzügliche Einberufung der Nationalversammlung aus. Keine Sekunde dürfe die Berufung unendlich hinausgezögert werden. Nach dem „V. L.“ am Abend fragte Herr Landsberg auch über die mangelnde Konzentration der Arbeiter- und Soldatenräte, denen es vor allem an einer obersten Spitze fehle. Man sei indessen dabei, das jetzt noch mangelnde Haupt dieser provisorischen Volksvertretungen zu schaffen.

### Für grundsätzliche sozialistische Politik. Erklärungen der Arbeiter- und Soldatenräte von Leipzig und Chemnitz.

Die heutige Tagung des Großen Rates der Arbeiter- und Soldatenräte von Leipzig stimmte einhellig dem in der Presse veröffentlichten Programm der Volksbeauftragten von Sachsen zu. Der Chemnitzer Arbeiter- und Soldatenrat hat die Proklamation gleichfalls einstimmig gebilligt. In der Versammlung wurde festgestellt, daß die Chemnitzer und Leipziger Arbeiter- und Soldatenräte einig sind über die Notwendigkeit der sofortigen Durchführung des Sozialismus, daß also zwei Drittel des sächsischen Volkes zu der grundsätzlichen sozialistischen Politik stehen. Im Anschluß daran beschloß der Große Rat, ebenfalls einstimmig gegen die Absicht

das Vorgesetztenverhältnis der Offiziere wiederherzustellen und den Soldatenräten nur beratende Stimme zu geben, Protest einzulegen.

### Ein bayerisches Regierungsprogramm.

Die Regierung des bayerischen Volksstaats erließ einen Aufruf, in dem sie an die Erfolge der ersten Handlungen der revolutionären Regierung erinnert: Ihr Appell an das Weltgewissen sei nicht ungehört geblieben, die Waffenstillstandsverhandlungen seien erheblich gemindert worden, Amerika sende Lebensmittel, und es sei zu hoffen, daß auch die Zufuhr von Rohstoffen erreicht werden könne.

Sobald skizziert die Grundgedanken des Programms der neuen Regierung. Es tritt für eine innige Gemeinlichkeit innerhalb der deutschen Stämme und eine Vereinigung des Deutschen Reiches mit der deutsch-österreichischen Republik ein, doch solle Freiheit und Selbständigkeit Bayerns dabei nicht angetastet werden. In der inneren Politik Bayerns wird die rascheste Durchführung einer lebendig tätigen Demokratie zugesichert. Die konstituierende Nationalversammlung werde so schnell wie möglich einberufen werden. Bis zu ihrer Einberufung müsse aber die Demokratisierung erreicht sein. Neben dem provisorischen Zentralparlament und dem in der Regierung verkörperten revolutionären Vollzugsausschuß sollen alle einzelnen Verbände und Vereine der Bevölkerung in voller Öffentlichkeit ihre eigenen Angelegenheiten erörtern können. Das Deutsche Theater zu München sei der Sitz dieses neuen Parlamentes sein. Alle Berufsstände sollen sich zu Räten zusammenschließen und in diesem freien Parlament ihre Angelegenheiten erörtern. Ganz besondere Hoffnungen liegen für die Entwicklung des bayerischen Bauernbundes. Ein neues Geschlecht freier, auf eigener Scholle arbeitender Bauern wird entstehen und gemeinsam mit der Bevölkerung der Städte an dem allgemeinen Wohle mitarbeiten.

Es wird dann eine Reihe wirtschaftlicher Maßnahmen in Aussicht gestellt, um die Lebensmittelversorgung und die Durchführung der Demobilisierung zu sichern. Den Religionsgesellschaften wird volle Freiheit in der Ausübung ihres Kultes gewährleistet. Die akademische Lehrfreiheit wird gesichert. Wie für die Kirche wird für die Schule volle Freiheit gefordert. Auch auf dem Gebiete der Rechtspflege werden weitgehende Reformen in Aussicht gestellt. Für das Reich wie für die Bundesstaaten soll ein einheitliches Steuersystem geschaffen werden, das in weitestgehendem Maße die leistungsfähigen Schultern belastet. Demokratisierung der Armee, umfassende militärische Amnestie, Durchführung des Achtstundentages, durchgehender Arbeiterschutz, Fürsorge für ein gesundes Wohnwesen sind die weiteren Forderungen dieses vorbildlichen Programms. Man darf erwarten, daß die Männer der neuen Regierung auch alles daran setzen werden, um es in kürzester Zeit zu verwirklichen.

### Die Antwort Haase an Bauer.

Der Volksbeauftragte der deutschen Republik Hugo Haase hat Dr. Otto Bauer, dem Leiter des Staatsamtes für Leugeses, folgendes Telegramm gesandt: „Ihre Glückwünsche erwidere ich namens des Rates der Volksbeauftragten der deutschen Republik aufs wärmste. In Erinnerung an unsere freundschaftlichen und parteigegenständlichen Beziehungen ist es mir eine besondere Freude, daß wir berufen sind, an leitender Stelle für das Wohl des deutschen Volkes zu wirken. Der Rat der Volksbeauftragten ist gern bereit, mit Ihnen alle Fragen der Friedensverhandlungen zu erörtern und diese Verhandlungen in engster Freundschaft mit Ihnen zu führen. Wir erwarten zu diesem Zwecke Vertreter von Deutsch-Österreich in Berlin. Wie empfinden die Not unserer Brüder in Deutsch-Österreich aufs schmerzhafteste. Wir brauchen nicht zu versichern, daß wir den besten Willen haben, ihnen zu helfen. Wir werden sofort an zuständiger Stelle Vorschläge stellen suchen, ob und in welcher Weise dies möglich ist.“

### Wann?

Es gab einen Steptiker, der vor vierzehn Tagen versicherte, in Berlin werde es nie zur Revolution kommen.

Warum nicht? Zur Revolution brauche man Barrikaden, und ein Preuße werde keine Barrikade besteigen, bevor sie baulich abgenommen sei.

Ob die Revolution nun gekommen ist, weiß es ohne Barrikaden ging, oder weil sich herausstellte, daß am 9. November die Polizei auch bereit gewesen wäre, den Barrikadenbau wohlwollend zu überwachen, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls werden wir an den mittrauenden Mann häufig genug durch allerlei nachträgliche Betrachtungen in bürgerlichen Blättern erinnert.

Der Umsturz hat sich wirklich, wenn man so sagen darf, in den denkbar besten Formen vollzogen. Aber für verschiedene Leute ist er doch noch immer zu wenig zeremoniell hergegangen. Sie haben nichts gegen eine Revolution, aber die Revolution soll sich in den Grenzen der Gesehe und des Herkommens halten. Der Revolutionär soll sich vor jeder Handlung überlegen, ob er damit auch nicht irgendeinen Paragraphen oder irgendein Gewohnheitsrecht verletzt.

So stellt beispielsweise die volksparteiliche „Biberale Korrespondenz“ wehleidige Betrachtungen über die Behandlung des Reichstags und des Preussischen Landtags an.

Der Reichstag ist von Revolutionären besetzt worden, und die Herren Abgeordneten sahen sich der bequemen Klubstesse beraubt, in die sie sich sonst vergraben konnten, um mit geschlossenen Augen über die politischen Probleme nachzudenken.

Das Abgeordnetenhaus und das Herrenhaus hat gar Adolf Hoffmann okkupiert und er hat diese heiligen Hallen dem Arbeiterrat und anderen ähnlich bedenklichen Elementen in die Hände gespielt.

Schauderhafte Zustände, wie jeder zugeben muß! Indessen blieb es nicht bei diesen Kennerlichkeiten. Die Parlamente sind auch nicht mehr zusammenberufen worden. Die Regierungen im Reich und in Preußen haben sie mit einem Federstrich außer Funktion gesetzt. Das widerspricht aller Etikette.

Man hätte die sogenannten Volksvertreter einberufen müssen, und am Schluß der Sitzungen hätten dann der Reichskanzler und der preussische Ministerpräsident feierlich die Auflösung dieser Körperschaften zu verkünden gehabt.

Ob vorher auch noch über die Berechtigung der Revolution und über die Zweckmäßigkeit der neuen Regierung eine Debatte hätte eröffnet werden müssen, wird uns nicht verraten. Aber es steht fest, daß wir uns durch die Nichtachtung all dieser Formalitäten schwer vergangen haben.

Die, die jetzt an der Macht sind, werden sich nur dann wieder einigermaßen rehabilitieren können, wenn sie nun baldigst, am besten morgen oder übermorgen Neuwahlen zu den Parlamenten ausgeschrieben, vor denen dann Arbeiter und Soldaten nachträglich um Indemnität für die Revolution nachsuchen. Vielleicht werden sie amnestiert.

Uebertreibung? Naum. Wenn man den Eifer sieht, mit dem besonders die rechtsstehende Presse die sofortige Einberufung der Nationalversammlung fordert — im Namen der Demokratie natürlich —, so scheint es beinahe, als ob man die Revolution wie eine Angeklagte vor einen Gerichtshof stellen wolle.

Diese außerordentliche Begeisterung der Bürgerlichen

Von A. Stein.

Unsere Revolution, die so überraschend schnell den Sieg auf der ganzen Linie errang, hat das Prinzip der Räteorganisation auch in Deutschland zum Durchbruch gelassen. ...

Nun kann man allerdings kaum in Zweifel sein, daß die Ziele mancher dieser Gruppen und Schichten, die sich der neuen Macht angeschlossen, nicht in der Linie der revolutionären Arbeiter und Soldaten liegen. ...

Nun Zusammenhang mit diesen Fragen wie mit der gesamten politischen Lage ist es, Arbeit zu schaffen über die Rolle, die die K. und S.-Räte im gegenwärtigen Stadium der Revolution spielen. ...

Über die Rolle, die die Arbeiter- und Soldatenräte im gegenwärtigen Augenblick spielen sollen, geben die Ansichten vielfach weit auseinander. ...

Der Optimismus der bürokratischen Gegner der Revolution ist ebenso grundlos und unbedenklich wie der Pessimismus ihrer Genossen, die der Revolution das Grab graben. ...

Unter diesen Positionen stehen die Arbeiter- und Soldatenräte an erster Stelle. Sie sind nicht nur die Verkörperung des Volkswillens in der revolutionären Übergangsperiode, ...

Wie das was sie Demokratie nennen, macht die Arbeitermassen stäubig und veranlaßt sie, ihr Wort für eine Verlangsamung des Tempos in die Waagschale zu werfen.

Einig sind wir alle in dem Verlangen nach einer Nationalversammlung, einem Volkstrot, oder wie man die aus wirklich allgemeinen und freien Wahlen hervorgegangene Körperschaft nennen mag. ...

Meinungsverschiedenheiten scheinen uns nur über die „unbedingt notwendige“ Zeit zu bestehen, und wir von unserem Standpunkt sind der Ansicht, daß der Termin nicht ausschließlich durch die für die zur technischen Vorbereitung notwendige Frist bestimmt werden darf.

Wir verlangen, wie das schon wiederholt betont wurde, die Schaffung von einer Reihe von vollendeten Tatsachen, die auf der Linie der proletarisch-sozialistischen Umwälzung liegen. ...

Wir fordern aber noch ein anderes: Zeit und Gelegenheit zur Klärung der Bevölkerung durch Wort und Tat!

Das Wort, das Herr v. Seydebrand in einer Stunde schwerster seelischer Erschütterung gesprochen hat, ist in aller Munde: Wir sind belogen und betrogen worden.

Drei Jahre lang hat man das Volk irreführt, mehr als das: hat man es verraten.

Drei Jahre lang war die Wahrheit eingekerkert. War die Dummheit die Beute jener Feder- und Maulhelden, die das Lügen für vaterländische Pflicht erklärten ...

Von dem Ursprung des Krieges, von seinem militärischen und politischen Verlauf, von den journalistischen und diplomatischen Machenschaften, die seit dem 1. August 1914 verübt wurden, sind wir falsch oder gar nicht unterrichtet worden. ...

Und muß besonders daran erinnert werden, wie in Berlin und an zahlreichen anderen Orten den Unabhängigen der Bund vollständig verboten war? ...

Diese Vergangenheit genügt, um uns gegen übertriebener Eile bei der Einberufung der Nationalversammlung Einspruch erheben zu lassen. ...

Aber nicht nur an die Klärung über die Vergangenheit denken wir, auch um der Gegenwart und der Zukunft willen beanpruchen wir Zeit zur Klärung.

Es muß dem Volke gesagt und gezeigt werden, was unter der sozialistischen Republik zu verstehen ist, bevor wir es zur Entscheidung darüber aufrufen können, ob es die sozialistische Republik will.

Wer herumbrüllt, weiß, welche abenteuerlichen Vorstellungen in den Hirnen der Kleinbürger und leider auch zahlreicher Arbeiter spuken. ...

Sie ist noch viel Arbeit zu leisten.

Gente, wo unseren Worten eine größere Freiheit gewährt ist, und die Ohren des Volkes offener sind, müssen wir reden. ...

Wir wollen die Nationalversammlung nicht länger hinausziehen als unbedingt nötig, aber wir wollen auch nicht leichtfertig in sie hineinspazieren. ...

**Victor Adlers Leichenbegängnis.**

Am Freitag nachmittag wurde in Wien Victor Adler zu Grabe getragen. Tausende und Abertausende waren herbeigeströmt, um ihrem verstorbenen Führer und Vorkämpfer bei seiner Fahrt zur Gruft die letzte Ehre zu erwählen. ...

Die Leiche war aufgebahrt im Arbeiterheim Favoriten. Dort fand auch die Leichenseier statt. ...

Unter den Gästen, die zur Feier erschienen waren, bemerkte man Vertreter der verschiedensten Parteien, vieler Nationalitäten, Abordnungen zahlreicher Vereine und Organisationen, auch zahlreiche Vertreter öffentlicher Organe. ...

Während Ansprachen wurden gehalten. Der Präsident Dinghofer feierte die Verdienste des Dahingegangenen um einen gerechten Frieden und damit um die Möglichkeit einer freien Entwicklung in Deutsch-Oesterreich. ...

Unter Deneß betonte, daß auch Ungarn seine Befreiung vor allem Victor Adler zu danken habe, der in Oesterreich die Freiheitsflamme zu entzünden gewußt hätte. ...

Nach der Feier gab den Teilnehmer dem Verstorbenen das letzte Geleit. Eine Abteilung der Volkswehr zog dem Wagen mit dem Sarge voraus, ...

Was Victor Adler den Wiener Genossen war, bewies eindringlich diese Kundgebung. Aber nicht nur den Wienern ging in diesem einzigartigen Wanne ein Freund und Führer dahin. ...

Schmerzlich ist es uns allen, daß dieser edle, große Mann nun nicht mehr unter uns wirken soll. Was hätte er uns gerade jetzt wieder sein! ...

Arbeiten und Streben wir weiter in seinem Sinne. Geloben wir, ganz zu vollenden, was er in seinen Anfängen noch erlebt, wozu er uns führte. ...

**Kongreß der holländischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei.**

Am Sonnabend, den 16. November, mittags, wurde in Rotterdam der Kongreß eröffnet, der gemeinsam von der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und den niederländischen Gewerkschaftsverbänden einberufen worden war. ...

Bei der Eröffnung des Kongresses wurde mitgeteilt, daß Trotskij ihn nicht teilnehmen werde. Der Abgeordnete Blegen sprach in seiner Einleitungsrede über die Ereignisse der letzten Woche. ...

Der nächste Redner widmete kritische die Politik der Regierung während des Krieges, die immer auf die Unterwerfung der Niederlande und die industriellen Gewinne unangenehm gelassen habe. ...

Die Verhandlungen gehen noch weiter. Es scheint, daß mit einer Annahme der angeschlagenen Resolution und mit einem Sieg der reformistischen Richtung zu rechnen ist.

des deutschen Revolution haben die Arbeiter- und Soldatenräte im Verein mit der sozialistischen Realisierung des unabwehrlichen Werks der Erhaltung des Landes, der Sicherung der Revolution und der Vorbereitung der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft zu vollbringen. Unsere Bemühen in der Regierung wären machtlos, wenn sie nicht hinter sich die großen Massen der revolutionären Arbeiter und Soldaten hätten. Ihre Arbeit in dem Verwaltungsa-pparat jedoch würde an dem passiven Widerstande der Beamtenschaft und dem aktiven Widerstande der von feindlichen Klassen vertreten, wenn nicht von unten her, von den arbeitenden Massen die aktivste Unterstützung käme. Diese Unterstützung besteht im gegenwärtigen Stadium der Revolution in zwei Dingen: einerseits in der intensiven Organisations- und Agitationsarbeit unserer Genossen in den Arbeiter- und Soldatenräten wie in den Vorkommissionen und Gewerkschaftsorganisationen; andererseits in der Kontrolle, die die Räteorganisationen in der Armeekorps, in den Betrieben, in der Verwaltung ausüben. Während die Organisations- und Agitationsarbeit, die jetzt in unabwehrlichem Umfange einsetzen kann, uns neue Millionen von Anhängern, neue Streiter für den Sozialismus zuführen muß, dient die Kontrolle über die uns feindlichen Mächte von unten her, ebenso wie das Eindringen sozialistischer Elemente in die Regierung und Verwaltung von oben her, als gute Vorarbeit für den Augenblick, in dem das bewusste Proletariat, aushütet auf den aus freiem Willen hervorgehenden Willen des gesamten Volkes, an die Verwirklichung seiner sozialistischen Endziele schreiten kann.

Unter diesem Gesichtspunkte gewinnen die Räteorganisationen eine Bedeutung, die zwar nicht der Rolle entspricht, die etwa die russischen Bolschewisten ihnen zumessen, sie sehen aber weit darüber hinaus, was unsere Sozialisten als Aufgabe der Räte betrachten. Für uns bilden die Räteorganisationen den Sturmruß der Revolution, den Sammelruß der körperlichen Kräfte des arbeitenden Volkes, die wichtigste Form der Massenorganisation, welche uns zu den Entscheidungskämpfen zwischen Arbeit und Kapital führt. Aber entgegen der Ansicht, daß die Räte nicht nur in der revolutionären Ueberausarbeit, sondern schließlich die Souveränität des Volkes verkörpern, sind wir der Meinung, die Räte zu seiner Zeit besonders lehrreichen Vorläufer „Die Diktatur des Proletariats“) bezeugt; daß die Räte zwar die Kampforganisation einer Klasse, aber nicht die Staatsorganisation bilden können. Für diese bleiben die Formen der Demokratie, der von allen bürokratischen Fälschungen befreiten Demokratie, makroend, die den komplizierten Anforderungen unserer Gesellschaftsform eher entspricht, als die primitivere Form der Räteorganisation im Kampf gegen die alte Gesellschaft schneidbar und schneidbar zu handhaben. Ist die Vorbereitungsarbeit vollbracht, sind alle Hindernisse aus dem Wege geräumt und die Massen um das Banner des Sozialismus gesammelt, dann vollzieht sich in den Formen der Demokratie der Uebergang der Gesellschaft vom Kapitalismus zum Sozialismus.

### Konferenz der Arbeiterräte.

Freitag nachmittag fand im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine Konferenz der auf dem Boden der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei stehenden Mitglieder des Berliner Arbeiterrates statt. Genosse Neumann berichtete über die Tätigkeit der Kommission, die in der ersten Versammlung derselben Räte gewählt worden war. Unter lebhafter Beteiligung der Versammlung wurde eine Reihe praktischer Fragen erörtert, die mit der Festlegung der Stellung der Arbeiterräte in den Betrieben, der Bekämpfung der Streiks, der Entlassung und Einstellung der Arbeiter usw. in Verbindung stehen. Außerhalb der Tagesordnung wurde von einem Soldaten eine aufsehenerregende Mitteilung gemacht, über die wir in der gestrigen Morgenausgabe in der Zeit „Ein Pulcherräum“ berichtet haben. Die Aufforderung des Redners, sich mit aller Energie der Aufklärung der Soldaten zu widmen, Soldatenversammlungen abzuhalten, und das Band zwischen den Soldaten und Arbeitern fester zu knüpfen, fand den lebhaftesten Beifall der Versammlung. Eine Reihe weiterer Redner ging auf die gegenwärtige politische Situation ein. Sie wiesen auf die Gefahren hin, von denen die Revolution bedroht sei, und betonten, daß es sich jetzt weniger darum handle, sich mit inneren Streitigkeiten zu beschäftigen, als die Erzeugnisse der Revolution zu sichern. Interessant war u. a. der Hinweis eines Genossen, daß die Direktoren einzelner Betriebe bereits angefangen haben, einen Keil zwischen die Arbeiterräte und die Arbeitermassen zu treiben. Lebhafter Erörterung rief ein Antrag hervor, eine gemeinsame Arbeiter- und Soldatenkonferenz einzuberufen, die Tätigkeit des Arbeiterrates nach Bezirken zu gliedern, gemeinsame Direktiven auszuarbeiten usw. Der Antrag wurde von der Mehrheit der nachfolgenden Redner bekämpft, die darauf hinwiesen, daß die Kommission selbst ein wirtschaftliches Minimalprogramm auszuarbeiten und veröffentlichen müßte. Auf Antrag des Vorsitzenden wurde beschlossen, daß die Kommission schleunigst die Vorarbeiten hierzu treffen soll. Die weiteren Mitteilungen darüber werden in den nächsten Tagen in der „Freiheit“ veröffentlicht werden.

### Ein Aufruf an die Landarbeiter.

#### Mitarbeit in den Bauernräten.

Der Vorstand des Landarbeiterverbandes erhebt einen Aufruf an die Landarbeiter und Landarbeiterinnen Deutschlands, in welchem auf die revolutionären Erzeugnisse des deutschen Volkes hingewiesen wird. Dann berichtet er weiter. Wir fordern Euch auf, nun erst recht Eure Schuldigkeit zu tun. Eure reißlose Mitarbeit muß die Volksernährung sichern. Schickt Euch die Mitarbeit in den zu bildenden Bauernräten, die eigentlich Bauern- und Landarbeiterräte zu nennen sind. Landarbeiter und Arbeiterinnen bilden das Rückgrat der landwirtschaftlichen Produktion. Daher habt Ihr in diesen Bauern- und Landarbeiterräten nicht nur mitzuarbeiten, sondern auch mitzubestimmen. Laßt Euch nicht zurückdrängen.

Der Vorstand hat alle Arbeiter- und Arbeiterinnenorganisationen der Landwirtschaft eingeladen, in gemeinsamer Beratung

Richtlinien für die zukünftige Tätigkeit aufzustellen, worunter auch der Entwurf einer freiwilligen Landarbeiterordnung ist. Zum Schluß werden die Landarbeiter auf die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses hingewiesen.

### Ein dreifacher Vorstoß der Gegenrevolution.

#### Der ehemalige Reichstag als Sturmbock.

Die ehrenwerte „Tägliche Rundschau“ scheint den Ehrgeiz zu entwickeln, das Hauptorgan der Gegenrevolutionäre zu werden. Sonnabend morgen brachte sie die frechen Schwindeln und Schimpferlein über die Vorgeschichte der Revolution und den 8. November, die wir im Sonnabend-Abendblatt anbrachten. In ihrer Sonnabend-Abendausgabe nun leistet sie sich folgenden keinen Aufschrei:

„Der Versuch der Heimkehr des Reichstags ist kläglich und für die diktatorischen Machthaber der Gegenwart bezeichnend. Die Herrschaften verwenden das Argument, daß der Reichstag veraltet sei, also denselben Hinweis, der früher von nationaler Seite der alten Regierung so oft vor Augen geführt worden ist. Wir hoffen aber, daß Herr Heerenbach sich von der Antwort des Kanzlers nicht beirren läßt. Wir haben Liebe- und Versammlungsfreiheit (angeblich) im Lande und der Reichstag kann von Herrn Heerenbach auch gegen den Willen des Herrn Ebert, dessen Regierung nicht geschnitten ist, zusammenberufen werden, gegebenenfalls auch außerhalb des Reichstagsgebäudes, etwa in der Philharmonie. Herr Heerenbach, der sich in den letzten Tagen so ängstlich zeigt, wird hoffentlich seinen Mut endlich wiedergefunden haben.“

Die Kreise, die hinter diesem Versuch, Unruhe zu erzeugen, stehen, belächeln, wie man sieht, schon eine recht deutliche und kräftige Sprache. Sie lächeln sich nach dem ersten Schreden anscheinend schon wieder ganz munter und vermeinen wohl, daß ihre Zeit noch lange nicht vorbei sei oder doch schnell wiederkommen werde. Es wird die Aufgabe der arbeitenden Massen sein, den Herren ungewöhnlich klar zu machen, was die Uhr in Deutschland geschlagen hat.

### Die neue Demokraten-Partei.

Das Programm der neuen großdeutschen demokratischen Partei, das im Auszuge von uns bereits mitgeteilt wurde, wird im Berliner Tagblatt von Theodor Wolff, einem der Gründer dieser Partei, kommentiert. Er meint, daß mit dem Aufruf zur Gründung der Partei der Wunsch „unabhängiger“ Menschen in Deutschland erfüllt worden sei. Über das Verhältnis der neuen Partei zur Sozialdemokratie sagt er:

Vielleicht wird mancher es, mit kluger Absicht, so darzustellen versuchen, als würde durch die demokratische Partei den Sozialdemokraten das Terrain freigelegt gemacht. Sein vernünftigster Redner, Hug überlegender Sozialdemokrat wird glauben, daß diese Behauptung zurecht sei. Auf der kurzen ersten Liste von Unterzeichnern, die heute früh dem Aufruf der neuen Partei angehängt war, befanden sich die Namen von drei Männern, die, trotz politischen Meinungsunterschiedes, ihre Begabung in den Dienst der Regierung und der Allgemeinheit stellen. Fischel ist Handelsminister, Verlach ist Unterrichtssekretär im Ministerium des Innern geworden, und jetzt tritt Hugo Preuß als Staatssekretär des Reichsamt des Innern in die Regierung ein. Und die Sozialdemokratie dürfte natürlich auch wissen, daß sie, so groß ihre Macht auch ist, allein und ohne Bundesgenossen die republikanische Staatsform nicht durchzuführen, oder mindestens nicht ohne schwere Kämpfe durchzuführen vermag. Die Schaffung einer neuen großen demokratischen Partei, die sich zur Republik bekannt, kann für die Lösung dieser Frage entscheidend werden, denn sie sichert den sozialdemokratischen Republikanern eine starke bürgerliche Bundesgenossenschaft.

Soweit die neue Partei bereit ist, an der Ausgestaltung des Staates im republikanisch-demokratischen Sinne mitzuarbeiten, wird die Sozialdemokratie ihr gewiß keine Steine in den Weg legen. Jene, welcher „Konkurrenzgeißel“ liegt ihr völlig fern. Wenn aber die neue Partei beabsichtigen sollte, sich schützend vor das Privateigentum zu stellen und die Sozialisierung des privaten Kapitals zu hindern, so wird die Sozialdemokratie natürlich entschieden gegen sie Stellung nehmen müssen. Manche der Namen, die unter dem Gründungsaufruf der neuen Partei stehen, können mißtrauisch machen. Aber man wird gut tun, zunächst die praktische Betätigung der neuen Partei abzuwarten.

Es ist nicht klar, ob diejenigen, die sich der neuen Partei verpflichten, damit aus dem Verbanne derjenigen Parteien, denen sie bis dahin angehört, auscheiden wollen. Einwilligen hat man, daß Herr Fischel, der zu den Anhängern der neuen Demokratie gehört, gleichzeitig auch noch immer bei den Verhandlungen über eine Verschmelzung der fortschrittlichen Volkspartei mit den Nationalliberalen die führende Rolle spielt. Diese Verhandlungen gehen nach den letzten Nachrichten mit guten Aussichten weiter. Auf welcher Grundlage denkt man dort die Einigung herbeizuführen? Soll etwa die Verschmelzung zugleich ein Aufgehen in der neuen demokratischen Partei bedeuten? Es wäre das ein wenig kompromittierend für die neue Demokratie und dem Ernst ihres Strebens.

Man steht in allem noch nicht klar. Und diese Unklarheit erschwert auch eine endgültige Stellungnahme zu der Parteienentwicklung auf der bürgerlichen Seite.

### Ein Angstprodukt.

Der „Sozial-Anzeiger“ fordert in seiner gestrigen Nummer die Regierung auf, einen Aufruf zur Bildung freiwilliger Verbände in den bedrohten Ostprovinzen“) schleunigst ergehen zu lassen. Das Blatt schildert die außerordentlichen Gefahren, von denen unser Osten angeblich bedroht sei und verteidigt sich sogar zu der lächerlichen Behauptung, daß der Schutz unseres Ostens für das ganze deutsche Vaterland eine Frage von Leben und Sterben bedeute.

Die Gefahren, die der „Sozial-Anzeiger“ schildert, sind unseres Erachtens so ungeheurer Übertrieben, daß der Aufruf an die Regierung nur lächerlich wirkt. Freundschaftlich ist man uns allerdings im Osten nicht gesinnt — dafür können wir uns bei den Freunden des „Sozial-Anzeiger“ bedanken, die nicht nur die infame Polenpolitik der preussischen Regierung, sondern auch die Unterdrückung der von Rußland geraubten Provinzen unterstützen und verherrlichen haben. Jetzt graut den Herrschenden vor den Konsequenzen ihrer Politik und sie möchten gar gerne, daß der deutsche Arbeiter und Soldat wieder seine Knochen zu Werke trage, um die Satiriker der ozeanischen Junke zu verteidigen.

### Die Unabhängigkeit der Gerichte.

Von der preussischen Regierung gewährleistet.

Im Anschluß an die Verfügung der preussischen Regierung vom 14. d. M. über die Zuständigkeit der Behörden weisen wir darauf hin, daß die Unabhängigkeit der Gerichte nicht angetastet werden darf. Es ist daher unzulässig, wenn seitens eines Arbeiter- und Soldatenrats, wie es vorgekommen ist, angeordnet wird, daß die Urteile der Gerichte dem Arbeiter- und Soldatenrat zur Genehmigung vorzulegen sind.

### Geheimerer Rücktransport aus Polen.

Im Auftrage des Soldatenrats Warschau telegrophiert Wagner aus Reidenburg vom 10. November: Als Vertreter des Soldatenrats Warschau, zwecks Weiterleitung der Truppentransporte nach der Grenze entsandt, finde ich in deutschen Zeitungen Nachrichten über das Schicksal meiner Kameraden, die im höchsten Maße geeignet sind, die Angehörigen zu beunruhigen. Ich stelle nochmals fest, daß ein geheimerer Rücktransport begonnen hat und keinerlei Veranlassung zur Beunruhigung vorhanden ist.

### Eine Beschwerde Tod's.

Deutsche Antwort.

Marshall Koch hat an die deutsche Oberste Heeresleitung folgendes Telegramm gerichtet:

Aus Rücksichten, welche der Obersten Heeresleitung der Verbündeten zugunsten sind, geht hervor, daß an verschiedenen Stellen, besonders in Belgien, und hier wieder besonders in Gegend Brüssel, seitens der deutschen Truppen Gewalttätigkeiten der Bevölkerung gegenüber, Verschörungen und Plünderungen geschehen. Alles Handlungen, die durchaus im Gegensatz zu den Waffenstillstandsbedingungen stehen. Die Oberste Heeresleitung der Verbündeten rechmet damit, daß die deutsche Oberste Heeresleitung ohne Säumen alle Maßnahmen ergreifen wird, um diesen Verletzungen des unterzeichneten Abkommens Einhalt zu tun. — Wenn diese Handlungen nicht in ganz kurzer Zeit aufhören würden, würde sich die Oberste Heeresleitung der Verbündeten verpflichtet sehen, Anordnungen zu treffen, um diesen ein Ende zu machen. Koch.

Die deutsche Oberste Heeresleitung hat darauf geantwortet:

Die deutschen Bevollmächtigten haben bei den Besprechungen schriftlich und mündlich immer wieder eindringlich betont, daß die Ausführung der unerhöhten und technisch undurchführbaren Bedingungen Ausschreitungen unabwehrlich zur Folge haben werden. Die Schuld für diese Ausschreitungen fällt somit jetzt und in Zukunft ausschließlich der alliierten Heeresleitung zu. — Gegen die zu Unrecht erhobenen Vorwürfe erhebt die deutsche Oberste Heeresleitung Protest und betont erneut, daß die Weiterverfolgung der bisherigen Methoden seitens der alliierten Heeresleitung ihr wirksame Maßnahmen zum Schutz der eigenen wie der feindlichen Bevölkerung sowie für Schutz und Verpflegung der eigenen Truppen unmöglich mache. Sie regt erneut an, daß der von allen Völkern erlebte Waffenstillstand in einem Geiste durchgeführt wird, der die Wahrung der Menschlichkeit bei Freund und Feind nicht ausschließt.

Zur Sache selbst bemerkt die deutsche Oberste Heeresleitung, daß es sich nach ihr gewordenen Nachrichten meistens um Ausschreitungen der Bevölkerung gegen die wohlhabenden Klassen ebenso wie gegen deutsche Soldaten handelt.

### Der Rückmarsch im Westen.

An der Front vollste Ordnung.

Zur Stenierung wilder Gerüchte über die Lage an der Westfront wird nochmals von der Obersten Heeresleitung mitgeteilt, daß der Rückmarsch an der Front sich in vollster Ordnung vollzieht. Nur die Stappentruppen haben vielfach unter dem Druck der Angst, sie könnten angesichts der kurzen Räumungsfristen nicht rechtzeitig das besetzte Gebiet verlassen, sich eigenmächtig auf den Rückmarsch begeben und alle möglichen Verbesserungsmaßnahmen benutz, um noch rechtzeitig in die Heimat zu kommen. Zur Auffassung dieses unregelmäßigen Rückmarsches aus der Stappe ist ein Korbon-System geschaffen worden, das die ganz regellos zurückziehenden Truppenmassen auffassen soll.

### Zeitweise Einschränkung des Kohlenverkehrs.

Keine Arbeiterentlassungen.

Demobilisierungsamt und Reichskohlenkommission haben bekannt: Der Rückstrom des Heeres beansprucht die Eisenbahnen so stark, daß der Kohlenverkehr an der westlichen Meiere für kurze Zeit notwendig sehr stark sinkt. Eisenbahn, Gas, Wasser, Elektrizitätswerte, Kohlen, Mittelindustrie, sodann Hausbrand müssen bevorzugt werden. Die Gesamtindustrie muß mit ungewöhnlich starken Ausfällen und zeitweiliger Unterbrechung der Kohlenlieferung rechnen. Die vorhandenen Kohlenvorräte müssen deshalb auf das äußerste gestreckt werden. Nichtsamt für die Betriebsleistungen muß sein, bei Knapper oder auch bei zeitweiliger ausbleibender Zufuhr ihre Arbeiter weiter zu beschäftigen. Arbeiterentlassungen dürfen aus dieser Verschärfung der Kohlenlage heraus, die hoffentlich von kurzer Dauer sein wird, nicht stattfinden.

### Rußland schickt Lebensmittel.

Die Sowjetrepublik begrüßt aufs wärmste den Beschluß des Berliner Arbeiter- und Soldatenrats, der die deutsche Regierung zur umgehenden Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen und zur Rückberufung der russischen Gesandtschaft auffordert.

Unschuldig sendet sie, um der dringenden Not der deutschen arbeitenden Bevölkerung abzuhelfen zwei Züge mit Getreide und Mehl nach Berlin. Das soll nur ein Anfang der Disziplin sein.

\*) Karl Kautsky, Die Diktatur des Proletariats, Wien 1918, Verlag Ignaz Brand, Co.





